Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 8.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim., Universitätsstr. 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 29 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jeder einzelne Exemplar 20 Pf.
Belagexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen (in Tagblatt-Format gefalzt) ohne Postbeförderung 45 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unf. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 30. Donnerstag den 30. Januar 1890. 84. Jahrgang.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung,

die Reichstagswahl im 12. Sächsischen Wahlkreise Leipzig-Stadt betreffend.

Die wegen der Wahl eines Abgeordneten zum Deutschen Reichstage für unsere Stadt, **ausschließlich** der am 1. Januar 1889, bezw. 1. Januar 1890 eingemeindeten, jedoch noch zum 13. Sächsischen Wahlkreise (Leipzig-Land) gehörigen Vororte (12. Sächsischen Wahlkreis) aufgestellte Wählerliste wird während der Zeit **vom 23. bis mit 30. dieses Monats, einschließlich** des dazwischen liegenden **Sonntags**, täglich von 8 bis 1 Uhr und Nachmittags 3 bis 6 Uhr **im vormaligen Kramerhause, Kupfergäßchen 1, 2. Stock,** zu Jedermanns Einsicht ausliegen.

Unter Hinweis auf §. 3 des zur Ausführung des Wahlgesetzes für den Reichstag erlassenen Reglements vom 28. Mai 1870 wird Vorstehendes mit dem Bemerken bekannt gemacht, daß Einsprüche gegen die Richtigkeit oder Vollständigkeit dieser Liste binnen 8 Tagen, nach dem Beginn der Auslegung, **also bis mit 30. dieses Monats** bei uns schriftlich anzuzeigen **oder** bei dem in der angegebenen Geschäftsstelle anwesenden Beamten zu Protokoll zu erklären, auch die Beweismittel für die bez. Behauptungen, falls letztere nicht auf Notorietät beruhen, beizubringen sind.

Leipzig, am 20. Januar 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Lf. 1. Dr. Georgi. Clauß.

Bekanntmachung,

die Reichstagswahl im 13. Sächsischen Wahlkreise **Leipzig-Land** betr.

Die wegen der Wahl eines Abgeordneten zum Deutschen Reichstage in den am 1. Januar 1889, beziehungsweise 1. Januar 1890 mit unserem Stadtgebiete vereinigten, aber noch dem 13. Sächsischen Wahlkreise **Leipzig-Land** zugehörigen Vororten **Thonberg, Neureudnitz, Anger-Crottendorf, Reudnitz, Tellerhausen, Volkmarsdorf, Neuschönefeld, Neustadt, Eutritzsch** und **Gohlis** aufgestellten Wählerlisten werden **vom 23. bis mit 30. ds. Mts., einschließlich** des dazwischen liegenden **Sonntags**, täglich von 8 bis 1 Uhr Vormittags und 3 bis 6 Uhr Nachmittags, und zwar die Wählerliste für

1) **Thonberg** in der XII. Polizeibezirkswache daselbst,
2) **Neureudnitz** im Sitzungszimmer des früheren Gemeinderaths daselbst, Schulgebäude, Mühlweg 33,
3) **Anger-Crottendorf** in der XIII. Polizeibezirkswache daselbst,
4) **Reudnitz** im dortigen Rathhause, Steuerbehörde,
5) **Tellerhausen** in der XVI. Polizeibezirkswache daselbst,
6) **Volkmarsdorf** im dortigen Rathhause, 1. Stock, Steuerbehörde,
7) **Neuschönefeld** im Vollstreckungsamte daselbst, Clarastraße Nr. 33,
8) **Neustadt** im Vernehmungszimmer, Erdgeschoß des vormaligen Gemeindeamtes daselbst,
9) **Eutritzsch** im Rathhause daselbst, 1 Tr. hoch, Steuerbehörde,
10) **Gohlis** im Rathhause daselbst, Vollstreckungsgeschäftsstelle, 1 Treppe hoch,

zu Jedermanns Einsicht ausliegen.

Unter Hinweis auf §. 3 des zur Ausführung des Wahlgesetzes für den Reichstag erlassenen Reglements vom 28. Mai 1870 wird Vorstehendes mit dem Bemerken bekannt gemacht, daß Personen, welche die vorbezeichneten Listen für unrichtig oder unvollständig halten, dies binnen 8 Tagen, nach dem Beginne der Auslegung, **also bis mit 30. ds. Mts.**, bei uns schriftlich anzuzeigen oder bei den in den vorangegebenen Auslegestellen anwesenden Beamten zu Protokoll zu geben haben, die Beweismittel für ihre Behauptungen aber, falls letztere nicht auf Notorietät beruhen, beibringen müssen.

Leipzig, den 20. Januar 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.

Lf. 1. Dr. Georgi. Clauß.

Anfuhre von Schutt rc.

7—800 Fuhren Ausfülle sucht Gemeinde Dölitz bei **Connewitz.** Angebote rc. sind bis zum **5. Februar a. c.** auf dem Gemeindeamte daselbst kostenlos niederzulegen. Der Gemeinderath behält sich die unbeschränkte Verfügung über die eingehenden Offerten vor.

Dölitz, den 27. Januar 1890.

Der Gemeinderath.
C. Mauicke, Gem.-Vorst.

Bau-Areal,

in nächster Nähe des **Bahnhofs** und der **Hartwaldung** schön gelegen, hat billig zu verkaufen **der Stadtrath zu Zwenkau.**

Die Lage in Spanien.

Seit dem 21. Januar besteht in Spanien ein neues Ministerium, dessen Leitung wiederum Sagasta übernommen hat. Die Zusammensetzung des neuen Cabinets scheint von dem Gesichtspuncte der Versöhnung der unter den Liberalen bestehenden Gegensätze erfolgt zu sein, doch zeigten sich von vornherein Schwierigkeiten bei der Besetzung des Colonialministeriums. Der dafür in Aussicht genommene Vertreter Da Cuillon lehnte ab und statt seiner übernahm der Arbeitsminister Becerra diesen Posten, während an seine Stelle der Herzog von Veragua trat. Die Erklärung, welche Sagasta am 22. Januar im Senat abgegeben hat, daß die Krisis keinen politischen Charakter habe, ist ohne nähere Begründung nicht verständlich, er schien damit andeuten zu wollen, daß die Krisis nicht die Frage, ob Monarchie oder Republik, zur Entscheidung treibe, denn politisch im gewöhnlichen Sinne sind alle Regierungskrisen, und in einem Lande wie Spanien, wo die Zustände noch keine Festigkeit zeigen, noch mehr als anderswo. In offenbarem Widerspruch mit der Erklärung Sagasta's stand die Mittheilung, daß seine Bemühungen, unter den Liberalen eine Aussöhnung zu Stande zu bringen, gescheitert sind, daß er sie aber fortsetze.

Da die Versöhnung noch aussteht, so ist das Cabinet ohne feste Grundlage und kann sie erst erhalten, wenn die Mehrheit, auf welche es sich stützen will, gewonnen ist. Als ein erfreut Zeichen, daß diese Mehrheit in der Bildung begriffen ist, darf das Ergebniß der Abstimmung über Artikel 1 der Vorlage bezüglich des allgemeinen Stimmrechts angesehen werden. Die Annahme desselben geschah mit 143 gegen 31 Stimmen, also mit großer Mehrheit. Wenn die übrigen Artikel und das ganze Gesetz mit gleicher Zustimmung angenommen werden, dann kann das neue Ministerium mit diesem Erfolg wohl zufrieden sein. Es liegen aber auch noch wichtige Erklärungen von Seiten der Minister der Finanzen und des Krieges vor, welche ebenfalls mit den Wünschen der Mehrheit in Einklang zu stehen scheinen. Der Finanzminister Equilaz trat der Auffassung entgegen, als beabsichtige er, die verhaßte Rentensteuer einzuführen, er stehe vielmehr mit seinem Collegen wegen Ersparungen im Kriegs- und Marinebudget in Unterhandlung. Dann bemerkte der Kriegsminister, General Bermudez Reina, daß er zwar ein Anhänger der allgemeinen Wehrpflicht sei, aber gegen eine Verminderung der Cadres der Armee grundsätzlich nichts einzuwenden habe.

Das sind Anfänge, auf welchen sich weiter bauen läßt, zumal Sagasta noch hinzufügte, daß er der Königin-Regentin keineswegs gerathen habe, die Conservativen zur Regierung zu berufen. Sagasta scheint allerdings bei den Liberalen nicht besonders gut angeschrieben zu sein, sonst würden sie ihm nicht eine so bedenkliche Schwenkung zugetraut haben. Die Königin-Regentin befand sich bekanntlich während der schweren Krankheit des Königs in einer so schwierigen Lage, daß sie des Rathes einsichtsvoller Männer mehr als je bedurfte. Aber sie wählte damals den allein richtigen Weg, die Entscheidung zu vertagen. Schon vorher hatte sie, wohl aus eigenem Antriebe, mit Canovas del Castillo, mit den beiden Kammerpräsidenten und mit den Generalen Martinez Campos und Jovellar, lauter bewährten Stützen des Thrones, über die Lösung der Krisis verhandelt, jedoch vergeblich, denn der einzige Mann, welcher die Cabinetsbildung ernstlich versuchte, der Kammerpräsident Alonzo Martinez, gab den ihm gewordenen Auftrag in die Hände der Königin-Regentin zurück, und von allen Seiten wurde ihr Sagasta als der geeignete Mann bezeichnet, den Ausweg aus den bestehenden Schwierigkeiten zu finden.

Sagasta ist denn auch wirklich der Retter in der Noth geworden und setzt jetzt alle Hebel in Bewegung, um das Staatsschiff wieder flott zu machen. Wie immer, wenn in Spanien kritische Zustände herrschen, setzen auch jetzt wieder die Nachrichten aus Madrid äußerst spärlich, und die wenigen Worte, welche der Telegraph verbreitet, sind so aphoristisch gehalten, entbehren so vollständig einer allgemein verständlichen Form, daß es dem Leser überlassen bleibt, ihren Sinn zu erforschen. Nach Lage der Sache kann sich diese Erforschung nur in den Grenzen des Versuchs halten ohne Anspruch darauf, das Richtige zu treffen. Die Regierung hat vorläufig alle Hände voll zu thun, um mit den Schwierigkeiten im Innern fertig zu werden, die auswärtigen Beziehungen kommen also kaum in Betracht, höchstens soweit sie den jetzt dem Ausgleich nahen Streit zwischen England und Portugal betreffen. Die spanische Regierung hat in dieser Frage den zweckmäßigen Weg der Neutralität gewählt, die beabsichtigten Kundgebungen zu Gunsten Portugals in Madrid und Barcelona sind unterblieben und die Regierung hat durch das Verbot derselben zugleich der Monarchie gute Dienste geleistet, denn die Tendenz der Kundgebungen war nicht nur Portugal freundlich, sondern zugleich republikanisch, wie die daran betheiligten Personen dargethan haben.

Unter diesen Umständen ist es schwer zu sagen, welchen Verlauf die Entwickelung in Spanien nehmen wird. Die bisherigen Erfolge des Ministeriums leisten zwar keine Gewähr für den weiteren ruhigen und gesetzmäßigen Fortgang seiner Wirksamkeit, aber sie erwecken wenigstens die Hoffnung, daß sie sich in diesen Bahnen bewegen wird. Befremdlich erregend war hauptsächlich die lange Dauer der Ministerkrisis, aber das Ende derselben hat gezeigt, daß Sagasta die Verhältnisse doch in weit höherem Grade beherrscht, als man ihm zugetraut hatte. Schon vor Monaten wurde seine Stellung als unhaltbar bezeichnet, weil er mit den angekündigten Reformen nicht zu Stande kam, jetzt ist aber der Weg angedeutet, wie die Schwierigkeiten der Armeereform zugleich mit den finanziellen Hindernissen überwunden werden können. Sagasta ist sofort nach Bildung des neuen Cabinets zur Einführung des allgemeinen Stimmrechts geschritten und hat damit, wie das Abstimmungsergebniß über Artikel 1 zeigt, den Wunsch der Mehrheit erfüllt, obwohl diese Mehrheit in sich gespalten ist. Daß er die Versöhnung der Liberalen unter einander als noch nicht zu Stande gekommen erklärt, kann eine wohl berechnete Finte sein, um die in der Entwickelung begriffene Annäherung der feindlichen Gruppen nicht zu stören. Jedenfalls ist Sagasta heute Herr der Lage und die bisher von ihm bewiesene Geschicklichkeit giebt der Hoffnung Raum, daß er sich dauernd auf seinem Posten erhalten wird. Das Vertrauen, welches Sagasta genießt, seine durch die letzten Vorgänge erwiesene Unentbehrlichkeit würden manchen Andern übermüthig machen und zu Thorheiten verleiten, Sagasta besitzt aber hinreichende Unbefangenheit des Urtheils, um nicht in diesen Fehler zu verfallen und dadurch alles zu verderben. Er läßt die Parteien in dem Glauben, daß er sich fortgesetzt um ihr Wohlwollen bewirbt, und befestigt dadurch die ins Schwanken gerathene Grundlage der Monarchie. Die Königin-Regentin ist durch die glückliche Genesung des jungen Königs in die Lage versetzt, die Regierung wieder mit der Festigkeit und Besonnenheit zu führen, an welcher sie es niemals hat fehlen lassen, und dadurch giebt sie Spanien das Gleichgewicht wieder, welches das Land im Begriff war, einzubüßen, wenn die Krankheit des Königs mit dem Tode geendet hätte.

Leipzig, 30. Januar.

* **Mit der feierlichen Schlußsitzung des Reichstags im Weißen Saale des königl. Schlosses** ist man zu einer früheren regelmäßigen Gewohnheit zurückgekehrt. **Bis zum Jahre 1870** und zuletzt noch im Jahre **1873** fand **für den preußischen Landtag** und die zum Ende der 70er **Jahre auch für den Reichstag** regelmäßig eine solche Schlußsitzung im Weißen Saale statt, welche vereinzelt der Träger der Krone, sonst aber der leitende Minister vollzog. Seitdem ist man zu dem abgekürzten Verfahren des Schlusses **in den Sitzungssälen der Parlamente** selbst gekommen. Die **Anordnung des diesmaligen Schlußactes** ist auf persönlichen **Wunsch des Kaisers** erfolgt.

* Officiös wird aus Berlin geschrieben:

Die Influenza-Epidemie der letzten Zeit hat, wie bekannt, einen so bedeutenden Verbrauch von Fiebermitteln, insbesondere des Antipyrins, zur Folge gehabt, wie er wohl kaum jemals dagewesen sein dürfte, und hat dadurch in augenfälliger Weise einen Mißstand bloßgelegt, welcher geeignet sein dürfte, die Aufmerksamkeit nicht nur der näher Betheiligen auf sich zu lenken. Es ist dies der freihändige Verkauf einer ganzen Reihe neuerer Heilmittel außerhalb der Apotheken.

Die Grundlage der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen über den Verkehr mit Arzneimitteln bildet der §. 6 der Gewerbeordnung, nach welchem dieses Gesetz u. A. auf den Verkauf von Arzneimitteln keine Anwendung findet und welcher einer landesherrlichen Verordnung die Bestimmung vorbehält, welche Apothekerwaaren den freien Verkehr zu überlassen sind.

Auf Grund dieses Paragraphen erschien unterm 4. Januar 1875 die heute noch in Geltung befindliche „kaiserliche Verordnung, betr. den Verkehr mit Arzneimitteln", welche in zwei Verzeichnissen eine Zusammenstellung derjenigen Zubereitungen u. s. w. gab, deren Feilhalten und Verkauf nur in Apotheken gestattet ist.

Diese Verzeichnisse, welche vor sechzehn Jahren diesem Zwecke völlig entsprachen, haben seit dieser Zeit, mit Ausnahme einer Bestimmung über Hemipäquare, eine Veränderung nicht erlitten, der Arzneischatz hat dagegen gerade in diesem Zeitraume durch eine ungeahnte Ausdehnung der chemischen Wissenschaft und Technik eine wesentliche Erweiterung erfahren und erfährt sie täglich. Die bis aus Unverstand zu bedauernde Thatsache, daß die Erfindungsgabe der Chemiker sowie die stets wachsende Raffinerie findiger Gewerbetreibender Uebelstrebungen den Markt mit immer neuen Arzneimitteln, deren Vertrieb, da sie in den Verzeichnissen nicht aufgeführt sind, den Kleinhändlern und anderen Krämern, sogar den Hausirern aber gesetzlich Einschränkung freistcht. Es dürfte hinreichend bekannt sein, daß diese Verhältnisse bereits unterlegen, daß dem Verbreitungstrieb bei Staffen wie Antipyrin, Antifebrin, Phenacetin, Salicyl, ja sogar Cocain eine nicht zu unterschätzende Gefahr in sich birgt und daß der Verkauf dieser Präparate, welche zum Theil zu den Nachtheilen Mitteln gehören, den Händen Unkundiger entzogen und den Apothekern überwiesen werden sollte, welche allein eine Gewähr für die richtige Behandlung derselben zu bieten im Stande sind.

Eine neue, auf der heutigen Sachlage beruhende Verordnung über den Verkehr mit Arzneimitteln, wie sie ja aber kurz oder lang zu erwarten steht, dürfte aber, wenn sie auch den Bedürfnissen der Neuzeitlichkeit genügen würde, vielleicht am Tage, nachdem sie in Kraft getreten, unvollständig sein, wenn sie dem Mangel der selbstredend nachgebildet wäre. Ebenfalls würde auch eine in kurzen Zwischenräumen vorgenommene Vervollständigung des Verzeichnisses der Arzneimittel der letzteren dem raschen Fortschritte der Chemie auf diesem Gebiete zu folgen im Stande sein.

Zur Beseitigung der auf die bisherige Weise nie ganz auf der Welt zu schaffenden Uebelstände würde schon früher vorgeschlagen, im Anschluß an den Wortlaut des §. 6 der Gewerbeordnung an Stelle der Aufstellung eines Verzeichnisses der den Apotheken vorbehaltenen Zubereitungen rc. diejenige eines Verzeichnisses der dem freien Verkehr überlassenen Heilmittel treten zu lassen. Es würde dann jedes neu auftauchende Mittel ohne Weiteres dem freien Verkehr entzogen und doch den maßgebenden Stellen die Möglichkeit gegeben sein, die unschädlich erkannte Mittel, wenn sonst nicht andere Bedenken vorliegen, freizugeben. Ein anderer Vorschlag geht dahin, es bei dem bisherigen Verfahren zu belassen, dagegen dem Reichskanzler zu ermächtigen, neu auftauchende Heilmittel ohne Weiteres den Apotheken zu überweisen, und nur wenn diese Heilmittel als unschädlich anerkannt sind, sie dem freien Verkehr zu übergeben.

* Bei dem Kaiser-Diner der Officiere des Beurlaubtenstandes der Garnison München brachte Se. königliche Hoheit Prinz Ludwig folgenden Toast auf den Prinz-Regenten aus:

„Meine Herren! Wir sind versammelt am Vorabend des Geburtstags Sr. Maj. des deutschen Kaisers und Königs von Preußen; es ist das zweite Mal, seitdem Er die Regierung angetreten hat. Die ganze Zeit seiner Regierung hindurch haben wir Sein Streben gesehen, Deutschland und Europa den Frieden zu erhalten und dabei dem Beispiele Seiner beiden erlauchten Vorgänger, des hohen Wilhelm und Friedrich, zu folgen. Um aber den Frieden erhalten zu können, war Er bestrebt, die Macht und Kraft Deutschlands zu Wasser und zu Lande zu heben. Mit Stolz sehen wir verbündete deutschen Fürsten, mit Befriedigung das deutsche Volk, vertreten durch den Reichstag, Ihm dies gelungen. Wir alle sind zu Zeugen dafür. Es ist heute nicht meine Aufgabe, die Schwierigkeiten des Amtes aufzuzeigen; es beschäftigt uns die schöne Seite, daß diese Schwierigkeiten dem König gilt, jetzt bei Vertretung desselben durch seine schwere Krankheit Denjenigen, der an seiner Statt die Regierung führt. Und so fordere ich Sie denn auf, das Glas zu erheben und zu trinken auf das Wohl Sr. königlichen Hoheit des Prinz-Regenten, des Oberbefehlshabers des bayerischen Heeres, Prinzen, der über sechzig Jahre dem bayerischen Heere angehört und jederzeit mit warmem Herzen für dasselbe gesorgt hat, der als Kronprinz seines Heeres zwei Kriege mitgemacht hat, in dem ersten in seinen alten Führer einer Division, in dem zweiten als bayerischer Armeecommandirender im Hauptquartiere des tapferen Kaiser Wilhelm und so Zeuge war der Siege, welche die vereinigten Deutschen erfochten haben. Seine Herren, trinken wir auf das Wohl Sr. k. Hoheit des Prinz-Regenten, Er lebe hoch!"

Den folgenden Trinkspruch auf Kaiser Wilhelm brachte Oberst und Bezirkscommandeur Roda aus.

* Aus Meiningen, 28. Januar, wird uns geschrieben: Wie gestern nach dem Hofdiner bekannt wurde, tritt demnächst der Wirkliche Geheime Rath und Staatsminister Freiherr von Giesecke in den von ihm erbetenen Ruhestand. An seine Stelle tritt als Staatsminister an die Spitze des herzoglichen Staatsministeriums und wird mit die von ihm bisher geführte Abtheilung für Kirchen und Schulsachen behält. Die Finanzabtheilung wird von dem Staatsrath Zitzer fortgeführt. Der Geheime Regierungsrath Dr. von Mutius tritt als Staatsrath an die Spitze der Abtheilung des Innern.

* * *

* Die in London seit zwei Monaten erscheinende Zeitschrift „L'Arménie", welche von Minas Tchraze, dem ehemaligen Secretair des Patriarchen Nerses und Vertreter der Armenier bei dem Berliner Congreß, redigirt wird, bereitet der Pforte nicht wenig Unruhe, zumal der auch in den hiesigen armenischen Kreisen wegen seiner Sachkenntniß und seines Patriotismus hochangesehene Redacteur bei dem alten Gladstone bedeutenden Einfluß besitzt. Schon jetzt veranlaßt die Pforte einen nochmaligen Alarmsturm auf Wien, um sie in der „Arménie" erscheinenden und meist aus gut unterrichteten Quellen herrührenden Berichte zu terminiren.

* Während von Konstantinopel aus der Weltlauf einer Dank-Adresse der Christen auf Kreta an den Sultan für den letzten Ferman verbreitet wird, verlauten Privatberichte von der genannten Insel, daß die Unzufriedenheit sehr groß und das Verlangen nach Abänderung des Fermans allgemein sei. Allerdings dürfte auch die Haltung einiger Großmächte sehr viel dazu beitragen, auf Mißvergnügen der Kretenser wachzuerhalten. So wie Rußland und Frankreich am 6. d. M., habe nämlich kurz darauf auch England und Italien der Pforte eine Note präsentiren lassen. In der italienischen Note soll in ziemlich entschiedenem Tone der türkischen Regierung die Modificirung gewisser Bestimmungen des Fermans angerathen werden. Welche Erwägungen die italienische Regierung zu diesem entschiedenen Auftreten bewogen haben, ist nicht recht klar. Vielleicht waren es parlamentarische Rücksichten, welche Herrn Crispi dazu veranlaßt haben. Unter solchen Umständen wird der Pforte allerdings kaum etwas Anderes übrig bleiben, als im Interesse des Friedens den Kretensern neue Concessionen zu machen. Von einer Annahme des russischen Vorschlages, eine europäische Consuln-Commission mit der Ueberwachung der türkischen Behörden bei der Pacification der Insel zu betrauen, kann jedoch nicht die Rede sein, da die Regierungen von Oesterreich, England und Italien ihre Zustimmung zu diesem Vorschlage entschieden abgelehnt haben.

* Die „Agence de Belgrade" ist ermächtigt, die Sensationsnachrichten der oppositionellen Blätter über die Mobilisirung der serbischen Armee, die Reactivirung des Generals Horbatovic, die ungesäumte Einberufung der Skupschtina behufs Gutheißung eines Mobilisirungscredits, sowie die Befestigung von Zajecar, veranlaßt durch angebliche Truppenconcentrationen in Bulgarien, entschieden als vollständig unbegründet zu erklären. Es sei lediglich beabsichtigt, seiner Zeit einen Nachtragscredit für die regelmäßige Ergänzung des Artilleriematerials einzubringen, dessen Höhe auch nicht genau bekannt sei.

* Das englische Parlament tritt am 11. nächsten Monats wieder zusammen. Heißhungriger als sonst haben, wie die „Vossische Zeitung" aus London erfährt, die Führer der Regierungspartei bereits die üblichen Rundschreiben erlassen, in denen sie ihre Parteigenossen in beiden Häusern des Parlaments zum pünctlichen Erscheinen in der Eröffnungssitzung auffordern. Aber der Mangel der Uebereinstimmung, der seit längerer Zeit in allen ministeriellen Maßnahmen hervorgetreten ist, zeigt sich auch in den beiden Rundschreiben. Lord Salisbury sagt, wahrscheinlich würden dem Parlament wichtige Geschäfte zur Berathung bald unterbreitet werden. Der Führer des Unterhauses dagegen, Herr Smith, betont, daß Fragen von erster Wichtigkeit dem Hause sofort unterbreitet werden würden. Man würde den Unterschied, der in den beiden Worten „bald" und „sofort" liegt, einerseits weniger beachten, wenn nicht Lord Salisbury wiederholt hätte erkennen lassen, daß er über die Köpfe seiner Minister hinweg Anordnungen zu treffen liebt und daß es ihm keine Bedenken verursacht, die übrigen Mitglieder der Regierung blosszustellen. So hat thatsächlich im Laufe dieses ganzen Monats noch kein Ministerrath stattgefunden, was sonst vor der Wiedereröffnung des Parlaments stets wiederholt zu geschehen pflegte. Im vorliegenden Falle scheint man sogar die schriftliche Verständigung vorzuziehen.

* Eine Meldung aus Lissabon bestreitet die allgemein verbreitete Nachricht, daß König Dom Carlos sich durch die gegenwärtig in Portugal gegen England herrschende Erregung veranlaßt gesehen habe, der Königin Victoria den Hosen-Orden zurückzusenden und den ihm anläßlich seiner Thronbesteigung verliehenen Hosenband-Orden abzulehnen. „In diplomatischen Kreisen verlaute nur zu viel, daß der König der englischen Herrschsucht in einem Schreiben unbarmherzig habe, in Anbetracht der in Portugal zur Zeit herrschenden Stimmung, seine Investition mit dem Hosenband-Orden vorläufig aufzuschieben, da die Vornahme einer feierlichen Ceremonie dieser Art unter den obwaltenden Umständen nicht opportun wäre. Durch ein solches Ersuchen — betont man in den erwähnten Kreisen — könne sich die Königin von England nicht verletzt fühlen, es sei vielmehr vorauszusetzen, daß sie die Beweggründe des Königs Dom Carlos zu würdigen wisse. Die oben erwähnte Lesart, welche dagegen dem König ein sehr beleidigendes Vorgehen gegenüber der Königin von England zumuthe, sei auf eine Entstellung dieses Vorgangs zurückzuführen."

* Das erste Denkmal, welches die Herstellung der brasilianischen Republik feiert, ist in der Hauptstadt der südbrasilianischen Provinz Rio Grande do Sul enthüllt worden. Es besteht in einer 33½ m hohen Statue der Freiheit, welche auf einem 13½ m hohen Sockel thront. Die ursprüngliche Bestimmung des Denkmals war gleich eine andere; es war der Erinnerung an den 13. Mai 1888, den Tag der Aufhebung der Sclaverei im gesammten Kaiserreich Brasilien, geweiht. Die inzwischen eingetretenen Ereignisse legten es nahe, mit dem Denkmal einen doppelten Zweck zu verbinden. So prangt jetzt in den Marmortafeln auf jeder Seite des Postaments eine Inschrift, die einerseits an die Sclavenbefreiung und an die Aufrichtung der Republik erinnert.

Zur parlamentarischen Lage.

** Berlin, 28. Januar. Trotz der Diäten sind auch die Bänke des Abgeordnetenhauses sehr schwach besetzt und auch hier merkt man, daß wir den dem Terrain der Reichstagswahlen nicht mehr fern sind. Die ausbleibenden Abgeordneten bringen den Verhandlungen nur ein geringes Interesse entgegen und die „localen Schmerzen" nehmen in den Reden bei Weitem nicht den Raum ein wie in früheren Sessionen. Freilich schreitet die Etatsberathung dabei sehr gut vorwärts, eine ganze Reihe von Positionen ist bereits erledigt, und es wird nicht bezweifelt, daß der Etat, wenn auch im Februar eine kurze Pause gemacht wird, dem Herrenhause rechtzeitig zugehen wird.

In parlamentarischen Kreisen geht das Gerücht und tritt immer bestimmter auf, daß Fürst Bismarck die Absicht habe, in der nächsten Woche im Abgeordnetenhause zu erscheinen und bei passender Gelegenheit über die politische Lage sich auszulassen. Andererseits wird auch behauptet, der Herr Reichskanzler werde nicht im Abgeordnetenhause, sondern im Herrenhause, welches am 6. Februar seine Arbeiten wieder aufnimmt, jene Rede halten. Wie weit die Vermuthung begründet ist, vermögen wir nicht festzustellen, vielleicht ist sie nur durch die Erinnerung an den Umstand zu erklären, daß auch vor drei Jahren, nach der Auflösung des Reichstags und vor den Neuwahlen, Fürst Bismarck in das Abgeordnetenhaus kam, um die politische Welt mit einer seiner bedeutendsten Reden zu überraschen.

Außer dem Etat und einigen Vorlagen von ganz untergeordneter Bedeutung ist den beiden Häusern des preußischen Landtages kein erwähnenswerther Gesetzentwurf bisher zugegangen. Man ist der Ansicht, daß die Regierung zunächst das Budget zum Abschluß gebracht wissen will, als nun aber werden noch wichtigere Vorlagen erwartet. Freilich hängt Alles auch davon ab, wann der neu gewählte Reichstag einberufen wird. Wenn dies, wie mehrfach angenommen wird, bereits im März geschieht, ist es wohl möglich, daß der Landtag bereits zu Ostern verabschiedet wird.